

Abonnement
für Halle vierteljährlich 2 M., durch
für Post bezogen 2 M. 50 Pf.; 2 mo-
natlich 1 M. 67 Pf., monatlich 84 Pf.
excl. Postgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
Postämtern angenommen.
Für die Redaction verantwortlich:
Otto Henckel in Halle.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Dünstgänger Jahrgang.

Insertat
werden pro Spalte oder deren Raum
mit 20 Pf. für Halle mit 18 Pf. an-
genommen, von unternen An-
nahmenstellen und allen Annonci-
Expeditoren angenommen.
Reclamen im redactionellen Theil
pro Zeile 40 Pf.
Expeditoren:
Halle a. d. S., Neue Promenade 1.

Nr. 27. Halle a. d. Saale, Mittwoch den 2. Februar 1881.

Abonnements-Anzeige.

Bestellungen auf die Saale-Zeitung für die Monate Februar und März werden von allen Reichspostämtern unausgesetzt angenommen. Die Expedition.

Der secessionistische Parteitag.

Die Verhandlungen, welche am Sonntag auf dem liberalen Parteitag in unserer alten Stadt geführt worden sind, erregen im ganzen Reiche lebhaftes Aufmerksamkeits, so weit sich das aus den Berichten der Blätter erkennen läßt. Die Erwartung, daß sich die große Volkswersammlung im „Neuen Theater“ eine entscheidende Klärung unseres Parteilebens knüpfen werde, wie sie ja schon einmal von Halle am Vorabend von 1866 ausging, wird sich freilich wohl nicht erfüllen. Man hat weder ein theoretisches Programm entworfen, noch einen positiven Beschluß über die Zukunft gefaßt, sondern nur in einer sehr allgemein gehaltenen Resolution die Absicht ausgesprochen, der rückwärtigen Bewegung auf dem Gebiete der inneren Politik mit allen verfassungsmäßigen Mitteln, namentlich durch die Wahl entscheidender liberaler Abgeordneter entgegen zu treten. Daß dies der Zweck der Seceesion war, wußte seit einem halben Jahre die ganze politische Welt; es kommt aber nicht mehr und nicht weniger wie alles darauf an, in welcher Weise jener Wille in Thaten umgesetzt werden soll. Und nach dieser Richtung scheint uns der Parteitag nur zwei neue Fingerzeige zu geben, deren einer und zwar der wichtigere, erfreulicher Natur ist, während der andere, glücklicherweise der weitaus unwichtigere dies noch nicht verdient.

Wir begrüßen mit aufrichtiger Freude den Beschluß der Delegirtenversammlung, kein Wahlbündniß mit der Fortschrittspartei schließen zu wollen. Das wäre in der That ein Todesurtheil für die Seceesion gewesen. Die Fortschrittspartei ist seit fünfzehn Jahren in einem groben Fehler nach dem andern getaumelt; sie hat nicht Dohn und Spott genug für Männer, wie Focke und Stauffenberg gehabt, welche sie jetzt freilich in der plumpen Rolle tollföhrer Schmeichler fangen will, als diese trefflichen Patrioten in entfangungs- und hingebungsvoller Arbeit den Aufbau des deutschen Reichs förderten. Die Politik der Fortschrittspartei ermgangelt aller staatsmännlichen Gesichtspunkte; sie ist in der That nur eine Politik des Wälzens, Vorgehens und Quengels und wenn auf dem secessionistischen Parteitag der große Verdadert einer solchen Politik, welche namentlich seitens des Herrn Kapp gegen unsere Reichs- und Landtagsabgeordneten gerichtet worden ist, zugegeben wird, daß deren bekannte Erklärung keineswegs dazu geeignet ist, die zwischen der nationalliberalen Partei und der Seceesion bestehende Divergenz auszugleichen, so peinlich mußte es jedenfalls berühren, in zweifelnden Ausdrücken von der „gentlemanlike Haltung“ dieser Herren, von „faulem Zauber“ und was dem noch mehr ist, sprechen zu hören. So mögen Parteikämpfe in Amerika geführt wer-

den, wo Hr. Kapp sich ja lange aufgehalten hat; wir in Deutschland haben diese Gewohnheit noch nicht und möchten sie uns auch nicht gern anlernen. Auch das Herausstreichen der secessionistischen Führer war mindestens nicht sehr tactvoll. Es giebt unter den Seceesionisten wie unter den Nationalliberalen die verdientesten und verehrtesten Männer, deren Namen in der Geschichte des deutschen Liberalismus immer mit goldenen Lettern verzeichnet bleiben werden; in dieser Beziehung hat, dem Himmel sei Dank! keiner der beiden Richtungen der anderen etwas vorzuziehen, hat keine etwas vor der anderen voraus. Es handelt sich einzig und allein um politische Gegensätze. Ob Herr Kapp der Doctorstitel aus Verzicht bekommen hat und in einem Palastwagen gefahren ist, mag für die näheren Remouderer und Freunde des genannten Herren sehr interessant sein; das Volk will allein wissen, ob Herr Kapp ein guter oder ein schlechter Politiker ist, und mit dieser Frage hat offenbar weder der Doctorstitel noch der Palastwagen etwas zu thun.

Um Uebri gen können und werden sich unsere Land- und Reichstagsabgeordneten über derartige Angriffe leicht hinwegsetzen. Die Ablehnung des fortgeschrittenen Wahlbündnisses beharrt die Hoffnung, daß das Nichtschließen der Nationalliberalen und Seceesionisten noch nicht gerichtet zu werden braucht. Die belagerten werden Einwendungen in der inneren Politik des Reichsanfängers innerhalb der nationalliberalen Partei notwendig zwei verschiedene Richtungen hervorzuheben, von denen die eine mehr den nationalen, die andere mehr den liberalen Charakter hat. Daß sich diese Richtungen auch äußerlich zeigen haben, ist an sich noch kein Unglück. Zwei kleinere Heere, die jedes nach einer bestimmten und klaren Marschroute, auf dasselbe Ziel marschieren, manövriren besser und leichter, als eine große Masse, die von verschiedenen Stimmungen hin und her geschüttelt wird. Nur liegt in solcher Scheidung immer die Gefahr einer gegenseitigen Verberührung, die nach Möglichkeiten zu verhindern und zu verbüten in erster Reihe Aufgabe der Presse sein dürfte. Hieran werden wir, wie bis her, auch in Zukunft nach besten Kräften arbeiten; den Mitz erwidern und vergelten, heißt nach unserer Auffassung das Wohl des Liberalismus und damit auch das Wohl des Vaterlandes schädigen, und daran mögen wir uns nicht beteiligen.

Politische Uebersicht.

In der österreichischen Kaiserstadt hat am 31. Jan. die Leichenfeier für den verstorbenen Cardinal Fürst- Erzbischof Josef unter großer Theilnahme aus allen Schichten der Bevölkerung stattgefunden. Der Kaiser selbst wohnte in Begleitung der Erzherzöge der Feier bei. Der Budgetausgleich des Abgeordnetenhauses hat den Dispositionsfond von 50,000 fl. genehmigt, gegen denselben hätte sich Namens der verfassungstreuen Partei Wolfram erklart. Die ungarische und die kroatische Regimular- Deputation haben die Vermehrung der Zahl der kroatischen Mitglieder im Unterhause von 34 auf 40 und derjenigen im Oberhause von 2 auf 3 vereinbart.

Das Verhalten der irischen Abgeordneten bei den englischen Parlamentsdebatten über die Priorität der fortgeschrittenen Zwangsbill hat seine Wirkung nicht verfehlt. Nach dem „Daily News“ hätte die Regierung sich über das Prinzip des Debatteenschlusses (closure) schlichtig gemacht und würde, wenn eine Kritik eintrete, dem Unterhause begnügliche definitive

Vorschläge machen. Da nach der Zwangsbill die Visite aller nach diesem Gesetze verabschiedeten Personen mit Angabe des Grundes der Verhaftung sowie ihres Gefangniswesens während der ersten sieben Tage eines jeden Monats im Parlamente vorgelegt werden kann, so ist den Interpellationen die Zeitungen ins Unrecht zu verlängern und daher dürfte die oben erwähnte „öffentliche angelegene Proclamation der Fener, mit der Unterfchrift „Rrissches nationales Directorium,“ entsetzt worden.

Am den König der Niederlande wird seitens des Generalcomites für die Transvaalfrage (unter dem Vorigen Hartings) demnächst eine Adresse gerichtet werden, in welcher er erucht wird, seitens seiner Regierung auf diplomatischem Wege Schritte zu veranlassen, um dem Kriege im Transvaalgebiete ein Ende zu machen und um die noch bestehenden Schwierigkeiten durch Wiederherstellung und Consolidirung der Unabhängigkeit des Transvaallandes zu beseitigen.

Eine Verögerung der Antwort der Großmächte auf die letzte türkische Note hat türkischerseits die Vermuthung hervorgerufen, daß England hierfür verantwortlich zu machen sei. Hierdurch ist der englische Gesandtschaft veranlaßt worden, der Pforte die ausdrückliche Versicherung zu geben, daß England weder das europäische Concert bestrebe, noch sonstig geistlichen Schmierigkeiten bereiten wolle. Der „Times“ meldet nun auch, daß England den Vorschlag der Pforte im Principe angenommen habe. Somit verlautet von den schwebenden Verhandlungen noch nichts weiter, als ein ziemlich inhaltsloses und stellenweise aus der Luft gegriffenes Zeitungsraisonnement.

Der Oberbefehlshaber der russischen Expedition gegen Goktpe nützt, wie es scheint, den erzwungenen Sieg aus und hat den Feind bis Askabad, 60 Meilen hinter Goktpe, verfolgt. — In der „Agence Russe“ wird die Nachricht, daß England, indem es die Einfälle der Kurden in Persien begünstige, für die Land eine turkische Frage zu schaffen beabsichtige, als unzutreffend hingestellt. Dagegen heißt es, daß Rußland und England mit der Pforte über ein gemeinsames Einvernehmen zu Gunsten Persiens verhandelt. Die Pforte habe versprochen, die Einfälle der Kurden zu verhindern.

Wie das russische Blatt „Porjabol“ aus diplomatischer Quelle erfahren will, sind die von der russischen Regierung mit der chinesischen getroffenen Arrangements doch keineswegs so unumkehrbar zu Stande gekommen, als früher verlautete. Inmitten der chinesischen Regierung soll über die Kuldschfrage ein furchtbarer Zwiespalt entstanden sein. Einer Friedenspartei, welche unmittelbare Formulirung und Ratification des Vertrages fordert, hat sich eine Kriegspartei, vereint mit einer Partei frengere chinesischer Diplomaten, gegenübergestellt, welche Vertagung und Revision einiger Punkte verlangt, so soll für Maratus Krieg die Aussicht geschwunden sein, Petersburg bald zu verlassen.

Der günstige Empfang, welchen die abessinischen Abgesandten bei der ägyptischen Regierung in Alexandria gefunden hat, wie es heißt, König Johann von Abessinien demogen, eine neue Gesandtschaft, bestehend in einem General und 12 Personen von Rang nach Egypten zu entsenden, um dem Scheideweg zu danken und den neuen papstlichen Erzbischof, welcher den König Johann krönen soll, in pomphaftem Zuge nach Abessinien zurückzuführen.

Henry George und sein Werk über Fortschritt und Armut.

Von Dr. Otto Sadarias.

[Nachdruck unterfagt.]

Die „Ungerächtigkeit der Gesellschaft“, auf welche keinen Verhältniß zu der colossalen Ausbreitung des Elends und der Arbeitslosigkeit, die wir liberal wahrnehmen. Einfach absurd ist es, wenn der Autor von „Fortschritt und Armut“ behauptet, daß die von einer zunehmenden Bevölkerung sind Dasein gerufenen Minder nicht mehr Nahrung als die Alten brauchen, während die Hände, welche sie mit sich bringen, im natürlichen Verlaufe der Dinge mehr erzeugen. Bei Aufstellung dieser Behauptung ist ganz außer Acht gelassen, daß die „Hände“, von denen die Rede ist, erst etwa 20 Jahre alt werden müssen, bevor sie irgend etwas durch ihre Arbeit erzeugen können. Und in diesen 20 Jahren hat die Erzeugung der zu diesen „Händen“ gehörigen Menschen ein enormes Capital gefostet. Der französische Arzt Vertillon hat berechnet, daß Deutschland alljährlich für seine Volkserneuerung 1 1/2 Milliarden verausgibt, während Frankreich im Gegenheil 1 1/2 Milliarden zu Gunsten seines Nationalwohlstandes spart. In Preußen mußten in den 50er und 60er Jahren etwa zwei Erwaehene (d. h. Personen über 14 Jahre) durchschnittlich ein Kind bis zu 14 Jahren mit erhalten. In Frankreich trugen diese fast drei Personen. Das macht einen Unterschied von 50 Prozent. Danach kann man Herrn George die besser begründete Behauptung entgegenstellen, daß der Elendenerwerb eines Kindes (an und für sich schon nichtbeschränkt) nach dem ein Vermögen für dessen materiellen Fortschritt ist. Es ist dies nicht bloß meine eigene persönliche Meinung, sondern auch die Ansicht Prof. Adolf Wagner's, der unlängst über dieses Thema eine Reihe von Aufsätzen in der „Allg. Allg.“ veröffentlicht hat. Kurzlich hat auch der Abgeordnete Sombart im preussischen Landtage auf das „unmenschlich frühe Heirathen“ als eine der Ursachen hingewiesen, welcher die colossale Bevölkerungszunahme in den ober-

schleischen Nothstandsdistricten und die damit verbundene Massenarmuth zuzuschreiben ist.²⁴ Es heißt demnach das in den Tag hineinlebende niedere Volk in seinem Leichtsinne nur befähigen, wenn Henry George sagt: „Die Gefahr, daß menschliche Wesen in eine Welt gezeugt werden können, wo nicht für sie sorgen werden kann, entsteht nicht aus den Sagen der Natur, sondern lediglich aus sozialen Mißverhältnissen.“²⁵ Durch solche Behauptungen wird bloß der Massenpaß geschürt und nichts bewiesen. Auch durch die Constatation der Grundrente, von der Mr. George so viel ermartet, würden die sozialen Uebel, welche nothwendig aus einer übermäßigen Volksvermehrung resultiren, nicht gehoben werden. Denn sicherlich würde der von der Hand in den Mund lebende Staatsbürger sich die gewonnenen Erleichterung in ganz anderer Weise zu Nuzge zu machen, als der berühmte amerikanische Autor sich dies vorstellt. Eine vollständige Constatation der Rente würde — meiner Ansicht nach — dahin führen, allen ebleren Luxus zu unterbinden und die Bedürfnisse der Bevölkerung auf das Niveau des Nothwendigsten zu beschränken. Kunst und Wissenschaft würden höchst wahrscheinlich nach und nach dem crassesten Materialismus verfallen und der Sinn für das Edle, Angenehme und Schöne würde bald gar nicht mehr zu finden sein. Dagegen würde das Land sicherlich von Forts und Bestungen harren und anfangt mit zahlreichen Kaufmann würde das Meer mit Hunderten von Panzercorvetten und Torpedoschiffen bewestert sein. Das Volk würde in beständiger Furcht vor einer mit so großer materieller Macht ausgerüsteten Regierung schweben und diese würde ihrerseits wieder das mehr und mehr in den Materialismus verfallende Volk mit dem größten Mißtrauen betrachten. So lange die Menschen so sind, wie sie sich gegenwärtig geben, so lange der Egoismus die Haupttriebfeder alles irdischen Thuns und Lassens bleibt und der Egoismus als ein zuzus des Herzens betrachtet wird, so lange ist eine Politik auf der Basis ökonomischer Zustände, wie sie Henry George

²⁴ Vergl. hierüber auch: Dr. Otto Sadarias: Die Gebührenden der sozialen Wohlfahrt durch die frühen Ehen der Weiblichen. 2. Aufl. Dirschberg, 1880.
²⁵ S. 123.

berbeiführen will, ein Ding der reinen Unmöglichkeit. Es kann daher auch keinem vernünftigen Staatsmann beikommen, dem wirtschaftlichen Reformprojecte des radicalen Americaners practisch näher zu treten.

Da aber eine Fabel durch ihren geistigen Inhalt uns ebenso gut belehren kann, wie eine thatächliche wahre Geschichte, so vermag auch ein so radicales Project, wie das des Mr. George ist, in sofern nützlich zu wirken, als es uns die Richtung anbeutet, in welcher wir auf ökonomischem Gebiete reformatorisch vorzugehen haben. Der Kern von Wahrheit, welche den Deductionen des Autors von „Fortschritt und Armut“ innewohnt, liegt in dem Gedanken: daß der Grundbesitz, zumal der Grund und Boden in großen, volkreichen Städten stärker zur Versteuerung heranzugezogen werden müsse, als dies bisher geschehen ist. Und dieser Gedanke ist unweifelhaft richtig. Die Vertheilung der in großen Familiendörfern belegenen Grundstücke beträgt für die letzten 30 Jahre etwa 100 Proc. Die gegenwärtige Vertheilung derselben steht zu dieser enormen Erhöhung ihres Wertes in gar keinem Verhältniß. Nichts wäre rationeller und gerechter, als daß die Communalstellen von den Besitzern solch wertvollen Grund und Bodens getragen würden, da sie es ja sind, welche von der Verwendung der erbobenen Steuern großen und dauernden Vortheil haben. Dies ist der Punkt, an welchem eine Steuerreform, die den kleinen Mann entlasten und dem Staate große Mittel zufließen will, ihren Pfel anzusetzen haben würde. Es ist erfreulich, daß Herr Prof. Rud. Gneist in seiner neuesten Schrift über die preussische Finanzreform einen ganz ähnlichen Standpunkt einnimmt, insofern er die Erhebung einer Liegenschaftsteuer befürwortet. Diese würde entweder vom Besitzer, oder im Falle eines Pachtverhältnisses vom Pächter und Bestizer (je zur Hälfte) gezahlt werden. Dafür hätten dann die drückenden Communalzuschläge zu den Staatsrenten in Wegfall zu kommen. Auch Prof. Gneist geht vom Grundgedanken aus, daß die Communalstellen vom Grundbesitzer getragen werden müssen. Die nicht besessenen Anbau- und Handwerksbetriebe, die 7 Hundert Prozent Communalzuschlag zur Klassen- und Einkommensteuer erben, will er noch besonders eingeschätzt wissen, indem er eine ent-

